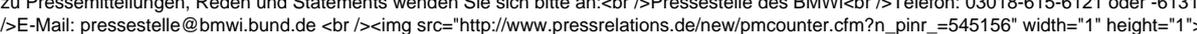




## Spielzeugsicherheit: Deutschland besteht auf strengen Grenzwerten

Spielzeugsicherheit: Deutschland besteht auf strengen Grenzwerten  
Aigner und Rösler: "Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um unsere hohen deutschen Schutzstandards zu erhalten"  
Deutschland besteht auf den strengen nationalen Grenzwerten für Schadstoffe in Spielzeug. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner und Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler erklärten anlässlich der mündlichen Verhandlung zur Klage Deutschlands gegen die Europäische Kommission: "Die Sicherheit von Kindern hat höchste Priorität. Hier kann und hier wird es keine Kompromisse geben. Die Bundesregierung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um unsere hohen deutschen Schutzstandards für Kinder zu erhalten. Es wäre absurd, wenn die neue EU-Richtlinie dazu führen würde, dass Kinder mehr Schadstoffen ausgesetzt wären als bisher. Daher werden wir es nicht zulassen, dass unsere strengeren Vorschriften aufgeweicht werden." Die zwischenzeitliche Absenkung der Grenzwerte für Barium durch die Kommission ist aus Sicht der Bundesregierung noch nicht ausreichend. Deshalb erklärten Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler und Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner, Deutschland wolle erneut eine Schutzklausel ziehen, um den strengeren nationalen Grenzwert für Barium in Spielzeugmaterialien beibehalten zu können.  
Hintergrund ist die neue europäische Spielzeugrichtlinie: Danach dürften Spielzeuge seit Juli 2013 teilweise mehr Schadstoffe enthalten als bisher in Deutschland zulässig. Nachdem die EU-Kommission einem Antrag der Bundesregierung, die strengeren deutschen Grenzwerte beibehalten zu können, nur teilweise zugestimmt hatte, hat die Bundesregierung im Mai 2012 eine Klage beim Gericht der Europäischen Union (EuG) eingereicht. In einer ersten Eilentscheidung hat das EuG im Mai 2013 schon festgestellt, dass Deutschland seine über dem neuen EU-Standard liegenden nationalen Grenzwerte für Spielzeug vorerst weiter anwenden darf. Heute findet in Luxemburg die mündliche Verhandlung in der Hauptsache statt. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Belastung von Spielzeug mit Arsen, Antimon, Blei, Barium und Quecksilber. In bestimmten Konzentrationen können diese Stoffe bei Kindern beispielsweise die Entstehung von Tumoren auslösen und das Zentralnervensystem schädigen.  
Absenkung der Grenzwerte für Barium positiv, aber nicht ausreichend  
Als Schritt in die richtige Richtung bewertet die Bundesregierung, dass die Grenzwerte für Barium in der Spielzeugrichtlinie zwischenzeitlich herabgesetzt wurden. So geschehen am 17. Juli 2013 durch eine Verordnung zur Änderung der Spielzeugrichtlinie. Doch auch diese Grenzwerte bleiben hinter dem bisherigen deutschen Schutzniveau zurück. Aus diesem Grund hält Deutschland auch diese punktuelle Verbesserung noch nicht für ausreichend und hat gegen die Verordnung gestimmt. In einem gemeinsamen Schreiben haben Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler und Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner der Kommission mitgeteilt, dass Deutschland den nach wie vor strengeren nationalen Grenzwert für Barium in Spielzeugmaterialien beibehalten wird. Einen entsprechenden Antrag werde die Bundesregierung in Kürze einreichen und damit die sogenannte Schutzklausel ziehen, um Kinder vor möglichen zusätzlichen Belastungen zu schützen.  
Für Rückfragen zu Pressemitteilungen, Reden und Statements wenden Sie sich bitte an:  
Pressestelle des BMWi  
Telefon: 03018-615-6121 oder -6131  
E-Mail: pressestelle@bmwi.bund.de  


### Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden: Bundeskartellamt, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe